



Stadtratsfraktion Pirmasens

DIE LINKE – PARTEI Stadtratsfraktion Am Immenborn 6 66954 Pirmasens

Herrn
Oberbürgermeister
Markus Zwick
Postfach 2763

**Am Immenborn 6
66954 Pirmasens**

**Telefon: 06331/93845
Mail: info@linksfraktion-ps.de
Internet: www.linksfraktion-ps.de**

66933 Pirmasens

Mündliche Anfrage Stadtratssitzung am 18. Juli 2022

Energieversorgung, Preisentwicklung, Auskömmlichkeit staatlicher Hilfsmaßnahmen und sozialer Transferleistungen

Vorbemerkung

Mindestens drei Krisen kumulieren gegenwärtig zu einer historisch einmaligen Existenzkrise der gesamten Menschheit: Ukraine-Krieg, Corona-Pandemie, Klimakatastrophe. Die Gefahr eines menscheitsvernichtenden 3. Weltkrieges ist latent. Die dystopische Welt ist keine Horror-Vorstellung mehr, sondern im Begriff, innerhalb kürzester Zeit Realität zu werden.

Das Wesen dieser Existenzkrise ist, dass sie die in vielfacher Hinsicht Schwächsten am schnellsten und härtesten trifft. Dies gilt weltweit genauso wie für die Stadtgesellschaft. Zumindest nach meinem ethisch-moralischen Grundverständnis müssen deshalb Gegen- und Hilfsmaßnahmen zunächst den Schwächsten zu Gute kommen.

Hintergrund

Diese Anfrage sollte ursprünglich verschiedene Aspekte rund um das Thema Energieversorgung beleuchten und im Besonderen auf den Antrag der Stadtratsfraktion DIE LINKE – PARTEI zur Bildung eines Härtefallfonds zur Abfederung von Energiearmut vom 16. März 2022 abstellen. Diesen Antrag hatten wir in der Stadtratssitzung vom 28. März zunächst zurückgezogen, um die damals gerade einsetzen Gegenmaßnahmen der Bundesregierung abzuwarten bzw. deren Wirksamkeit zu überprüfen. Inzwischen reden wir allerdings nicht mehr nur über Energiearmut, sondern möglicherweise wird Russland in wenigen Tagen die Gasversorgung dauerhaft abstellen. Das Ausmaß der Abhängigkeit Deutschlands von russischem Gas in allen Bereichen setze ich als bekannt voraus. Die daraus folgenden Konsequenzen könnten katastrophal sein und vom Zusammenbruch der Wirtschaft bis zum Zusammenbruch der Energieversorgung reichen.

Deshalb musste der ursprünglich konzipierte Zweck dieser Anfrage erheblich erweitert werden. Unter der Komplexität der Thematik leidet allerdings die Zielgenauigkeit der Fragen, die sich kaum mehr auf die Zuständigkeiten einzelner Fachämter, die Verwaltung oder kommunale Gesellschaften begrenzen lassen.

Formal richtet sich diese Anfrage vorschriftsmäßig an den Oberbürgermeister der Stadt Pirmasens, Markus Zwick, den ich hiermit um Verständnis für die oben genannten Umstände bitte.

Allgemeine Fragen

Wie schätzen Sie die Sicherheit der Energieversorgung der Stadt Pirmasens ein?

Welche Auswirkungen der Energiekrise erwarten Sie für Wirtschaft und Privataushalte?

Welche Notfallpläne würden bei einem Zusammenbruch der Energieversorgung greifen und welche Kapazitäten sind dafür vorhanden?

Gibt es eine zentrale Koordinierungsstelle, z.B. einen Krisenstab, der sich mit allen Eventualitäten einer sich zuspitzenden Versorgungslage auseinandersetzt?

Welche sonstigen Vorsorgeplanungen im Bereich der Energieversorgung hat die Stadt Pirmasens bereits angestellt bzw. welche Maßnahmen sind in Planung?

Fragen zur Erdgasversorgung bzw. Fernwärmeversorgung

Wie viele Haushalte in Pirmasens sind von der Versorgung mit Erdgas abhängig?

Welche Planungen existieren für den Fall, dass die Gasversorgung privater Haushalte gedrosselt bzw. abgestellt werden muss?

Liegen Ihnen Erkenntnisse darüber vor, ob private Vermieter bzw. die Bauhilfe GmbH gasbetriebene Zentralheizungen bereits vor dem Eintritt eines Versorgungsnotstandes drosseln oder zeitweise ausschalten wollen?

Wie viele Haushalte in Pirmasens sind an die Fernwärme angeschlossen?

Welcher Anteil an Fernwärme wird momentan mit Erdgas erzeugt (Gasturbine Stadtwerke)?

Gibt es eine neue Verhandlungsrunde mit dem MHKW für die Lieferung von Fernwärme?

Welche Planungen existieren für den Fall, dass die Fernwärmeversorgung privater Haushalte gedrosselt bzw. abgestellt werden muss?

Welche Industriezweige bzw. Industriebetriebe in Pirmasens sind im Besonderen von Erdgas bei der Produktion bzw. bei der Energieversorgung allgemein abhängig?

Bereiten sich hier ansässige Wirtschaftsunternehmen auf einen Energienotstand vor und wenn ja, liegen dazu der Stadtverwaltung Erkenntnisse vor?

Gibt es dahingehend flankierende Maßnahmen der Stadtverwaltung gleich welcher Art?

Welche Auswirkungen hätte ein Ausfall der Gasversorgung auf die Grundversorgung der Bevölkerung, z.B. für den Betrieb von Großbäckereien u.ä.?

Fragen zur Stromversorgung

Welche Notfallpläne existieren auf städtischer Ebene für kürzere bzw. längere Stromausfälle bzw. beim Zusammenbruch der Stromversorgung, z.B. nach dem Abschalten von Gaskraftwerken bundesweit?

Können nach Ihrer Ansicht die Stromnetze aufrechterhalten werden, wenn Gaskraftwerke flächendeckend vom Netz gehen müssen?

Welche städtischen Einrichtungen sind mit Notstromaggregaten o.ä. ausgestattet, welche Kapazitäten haben sie und wie lange kann damit eine Notstromversorgung aufrechterhalten werden?

Fragen zur Preisentwicklung, Auskömmlichkeit von Hilfspaketen und sozialen Transferleistungen sowie Energiesperren

Wie haben sich die Strom-, Gas- und Fernwärmepreise im ersten Halbjahr 2022 entwickelt und wie werden sie sich voraussichtlich im zweiten Halbjahr entwickeln?

Wie haben sich Zahlungsrückstände der Stadtwerke-Kunden im ersten Halbjahr 2022 entwickelt?

Wie stellt sich diese Entwicklung differenziert für Sozialleistungsbezieher, Privat- und Firmenkunden dar?

Wird bei der Auswertung dieser Daten nach Einkommensgrenzen differenziert, um abschätzen zu können, welche Bevölkerungsgruppen besonders große Zahlungsschwierigkeiten haben?

Wie haben sich die Hilfspakete der Bundesregierung zur Abfederung der Energiepreisexplosion bisher ausgewirkt? Wer konnte davon profitieren, wer nicht?

Werden zur Auskömmlichkeit von Hilfspaketen der Bundesregierung vor Ort Daten erhoben, insbesondere im Sozialleistungsbezug?

Falls ja, sind die Maßnahmen auskömmlich, konnten Zahlungsrückstände und Energiesperren im Sozialleistungsbezug signifikant vermindert bzw. verhindert werden?

Ist durch die Anwendung der Hilfspakete ein Rückgang der Zahlungsrückstände messbar und falls ja, können dazu Daten vorgelegt werden?

Welche Maßnahmen ergreift das Jobcenter bei Zahlungsrückständen bzw. drohenden Energiesperren zusätzlich?

Wie haben sich die ungedeckten Kosten der Unterkunft (Miete und Heizung) in den letzten beiden Jahren entwickelt?

Wie haben sich die ungedeckten Heizkosten bei Sozialleistungsbeziehern in den letzten beiden Jahren entwickelt? Wie ist der momentane Stand und kann das Jobcenter eine Prognose bis zum Jahresende abgeben?

Wie viele Strom- und Gaskunden sind momentan von einer Sperre betroffen?

Wie hat sich die Anzahl der Strom- und Gassperren in den letzten beiden Jahren entwickelt?

Die Bundesregierung plant die Einführung eines Moratoriums für Strom- und Gassperren (Stand: 11. Juli 2022). Wie wird dieses Moratorium vor Ort umgesetzt, falls es Gesetzeskraft erlangt?

Was passiert im Falle eines gesetzlichen Moratoriums mit bereits gesperrten Strom- und Gaskunden?

Gibt es weitere Initiativen vor Ort, Strom- und Gassperren auszusetzen bzw. nicht zu vollziehen?

Mit freundlichen Grüßen

Frank Eschrich, Vorsitzender Stadtratsfraktion DIE LINKE - PARTEI

Dazu bitte ich um Beantwortung der folgenden Fragen:

A) Fragen zu Rechtsverhältnissen

Sind die Medi – Südwest GmbH bzw. Herr Mötzenbäcker noch Auftragnehmer der Stadt Pirmasens?

Falls ja: Wann und in welchem Rahmen ist mit einem Rechenschaftsbericht über diese Tätigkeiten zu rechnen? Welche Kosten sind für die bisherigen Tätigkeiten entstanden? Wie beurteilt die Stadtverwaltung das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Geschäftsbeziehung, welche vertragliche Vereinbarungen und Ziele wurden erreicht, welche nicht?

Falls nein: Wann und von wem wurde das vertragliche Verhältnis mit der Stadt Pirmasens aufgelöst bzw. gekündigt? Wann erfolgt ein Abschlussbericht? Welche Kosten sind für das vertragliche Verhältnis entstanden? Welche Gremien der Stadt wurden mit einer eventuellen Vertragsauflösung befasst?

Mit welcher Legitimation hat sich eine Lenkungsgruppe aus den Oberbürgermeistern der Städte Pirmasens und Zweibrücken und der Landrätin des Kreises Südwestpfalz gegründet? Gab es dazu Beratungen in den jeweiligen Gremien? Welche Aufgaben und Ziele verfolgt die Lenkungsgruppe?

Wer hat die Online-Plattform „Hello Doc“ veranlasst und auf welcher Geschäftsgrundlage? In welchem Verfahren wurden beiden beauftragten Agenturen ausgewählt? Welche vertraglichen Verbindungen bestehen zu den beiden Agenturen, z.B. Laufzeit, Kosten, Leistungen? Was soll durch diese Online-Plattform erreicht werden?

B) Fragen zum Ärztemangel

Die Fragen beziehen sich auf die Datenlage aus dem Vortrag von Herrn Motzembäcker vom 20.08.2018

Zum oben genannten Zeitpunkt betrug der Nachbesetzungsbedarf bei den Hausärzten bis 2023 71 Prozent und bei den Fachärzten 76 Prozent. Wie hoch sind die Nachbesetzungsbedarfe heute bis 2023 bzw. bis 2025? Welche Entwicklung gab es zwischen 2018 und heute bei den Hausärzten und Fachärzten? Wie viele Praxen konnten nachbesetzt werden, wie viele nicht?

Zum oben genannten Zeitpunkt gab es in der Region Südwestpfalz mit den beiden Städten 77 Hausärzte, 76 Fachärzte und 21 Psychotherapeuten. Wie viele sind dies jeweils heute?

Seit Mai 2021 gibt es in Pirmasens keinen praktizierenden Hautarzt mehr. Hat die Stadtverwaltung Kenntnis über die eventuelle Neueröffnung einer Hautarztpraxis?

Wie viele Arztpraxen in Pirmasens wurden zwischen 2015 und heute geschlossen? Liegen der Stadtverwaltung Kenntnisse vor, wie viele Arztpraxen in den kommenden zwei Jahren geschlossen werden könnten? Wie stellt sich in den unterschiedlichen Zeiträumen dabei die Verteilung zwischen Haus- und Facharztpraxen dar?

In einer Befragung aus dem Jahr 2017 wurden die teilnehmenden Ärztinnen und Ärzte gefragt, wie lange sie noch praktizieren wollen. Daraus ergab sich ein Durchschnittswert von 3,8 Jahren. Daraus ergibt sich rechnerisch, dass im Jahr 2021 ein massiver Einbruch bei den praktizierenden Ärztinnen und Ärzten eintreten könnte. Wie hat sich die Prognose von 2017 in der Realität entwickelt? Wurden die betreffenden Ärztinnen und Ärzte zwischenzeitlich noch einmal befragt? Liegen der Stadtverwaltung Erkenntnisse vor, wie lange die praktizierenden Ärztinnen und Ärzte in der Region von heute ab gerechnet noch praktizieren wollen?

In der gleichen Befragung gaben 87,7 Prozent der Befragten an, dass sie keine Praxisnachfolge in Aussicht hätten. Liegen der Stadtverwaltung Erkenntnisse vor, wie sich dieses Verhältnis bis heute entwickelt hat bzw. wie es sich in den kommenden zwei Jahren entwickeln könnte?

In der gleichen Befragung gingen fast 60 Prozent der Befragten davon aus, dass es unwahrscheinlich oder eher unwahrscheinlich ist, eine Praxis Nachfolge zu finden. Liegen der Stadtverwaltung Kenntnisse darüber vor, ob und wie sich diese schlechte Prognose bewahrheitet hat bzw. wie sich die Situation in den nächsten beiden Jahren entwickeln könnte?

Liegen der Stadtverwaltung konkrete Informationen über Planungen zur Gründung von Verbundpraxen, Ärztegenossenschaften und/oder genossenschaftlichen MVZ in

Pirmasens und der Region vor, die in den nächsten zwei Jahren realisiert werden sollen?

Welche konkreten Maßnahmen, außer Marketing, will die Stadtverwaltung bzw. die Lenkungsgruppe in den kommenden zwei Jahren ergreifen, um den fortschreitenden Ärztemangel und die drohende medizinische Unterversorgung der Bevölkerung wirksam einzudämmen?

Frank Eschrich

Vorsitzender Stadtratsfraktion DIE LINKE - PARTEI